

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

52. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 4 · 4. Mai 2021

Pandemie

Die dritte Welle der Corona-Pandemie hat den Landtag beschäftigt. Die Abgeordneten debattierten nach einer Unterrichtung des Ministerpräsidenten. Dabei ging es auch um die Impfstrategie. S. 3

Plenum

Die Corona-Pandemie war Thema weiterer Anträge im Plenum. Zudem ging es u. a. um ein neues Stipendienprogramm nach dem Brexit, die Infrastruktur, den Einschulungstichtag und Lärmschutzwände. S. 4-6

Tarifpolitik

In einer Aktuellen Stunde haben die Abgeordneten über das Thema „Tarifflucht in Nordrhein-Westfalen eindämmen“ debattiert. Es war von der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt worden. S. 7

Ausschüsse

Die Fachausschüsse haben sich im April u. a. mit der Sperrung der A 43 und einer Corona-Task-Force befasst. Das neue Begleitgremium zur Covid-19-Pandemie kam zu seiner ersten Sitzung zusammen. S. 14

Bildung in der Pandemie

Landtag beschließt neue Regeln



INHALT



Foto: Schälte

Schule in Zeiten der Pandemie

Sachverständige äußern sich zu Gesetzentwurf der

Landesregierung S. 9

Standpunkte S. 10

Aus dem Plenum

Perspektiven in der
Pandemie S. 3

Meldungen S. 4

Unternehmen und Tarife S. 7

Gesetzgebung S. 8

Aus den Fraktionen S. 12

Aus den Ausschüssen
Meldungen S. 14

Im Porträt
Thomas Nüchel (FDP) S. 15

Kurz notiert S. 16

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Wilkins (FDP), Désirée Linde (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 30. April 2021, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.
Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Perspektiven in der Pandemie

Landtag debattiert über aktuelle Corona-Lage

28. April 2021 – Deutschland befindet sich weiter in der dritten Welle der Corona-Pandemie. Kurz nach dem Inkrafttreten der Bundesnotbremse debattierte der Landtag nach einer Unter- richtung des Ministerpräsidenten über die aktuelle Situation. In der Diskussion ging es auch um Perspektiven wie die geplante Aufhebung der Impfpriorisierung.



Fotos: Schälte

Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Verena Schäffer (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Markus Wagner (AfD)

Zwei Tage zuvor hatten die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Bundesländer mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei einem Impfgipfel beraten. Ein Ergebnis war, dass die Priorisierung bei den Corona-Impfungen im Juni aufgehoben werden soll. Am Samstag zuvor war zudem die Bundesnotbremse mit einheitlichen Regeln für alle 16 Bundesländer in Kraft getreten.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) nannte die Lage „unverändert kritisch“. Es müsse daher eine „Brücke in den Sommer“ geben, um die Zahl der Infizierten zu senken. Dazu gehörten ein konsequenter Lockdown, die Steigerung der Impfrate, Tests und Kontaktnachverfolgungen. Laschet sprach sich gegen eine frühere Aufhebung der Impfpriorisierung aus. In der dritten Priorität im Mai sollten u. a. Feuerwehrleute, Polizistinnen und Polizisten sowie Mitarbeitende im Lebensmittelhandel geimpft werden. Dies seien Menschen, die monatelang auf ihre Impfung gewartet und in der Zwischenzeit die Versorgung im Land aufrechterhalten hätten.

Man müsse aufpassen, warnte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**: Die indische Mutation des Coronavirus könne auch hierzulande eine vierte Welle auslösen. Deshalb müsse NRW die Maßnahmen der Bundesnotbremse eins zu eins umsetzen, auch bei der Kita-Betreuung. Weil Kinder vermutlich in diesem Jahr noch keine Impfung bekämen, bräuchten die Schulen flächendeckend Luftfilter und eine digitale Ausstattung. Kutschaty begrüßte Laschets An-

kündigung, sich dort für Impfungen einzusetzen, wo Menschen auf engem Raum dicht beieinander lebten: „Corona darf dieses Land nicht spalten.“

„Gewöhnungseffekte“

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** bemerkte, dass aktuell bundesweit pro Sekunde sechs Personen geimpft würden. Ältere und vulnerable Personen zuerst zu impfen, sei richtig gewesen. Für drei Viertel der Bevölkerung bestehe aber noch akute Ansteckungsgefahr. Geimpften müssten Grundrechte zurückgegeben werden, aber es müsse dabei auch die Generationengerechtigkeit gewahrt bleiben. Die Gruppe der Jüngeren habe durch ihren „verordneten Verzicht auf die Impfung den Schutz der Älteren überhaupt erst möglich gemacht“. Wenn Impfreiheiten aufgelöst würden, erhielten auch die Jüngeren die Chance, sich zu schützen.

192, 190, 186, 178 – so lauteten die Inzidenzwerte der vergangenen Tage in NRW, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Vor Monaten hätten diese Werte alarmiert, heute sei ein „gefährlicher Gewöhnungseffekt“ eingetreten. Ministerpräsident Laschet verwende gerne den Begriff „Brücke“. Diese Brücke sei aber so „marode“, dass es unverantwortlich sei, sie zu betreten. Nur 7 Prozent der Menschen seien ein zweites Mal geimpft – zu wenig, um eine „Brücke in den Sommer zu schlagen“. Es mangle nach wie vor an einer Strategie. Laschet wolle

sich bis zur Bundestagswahl „durchwurschteln“. Das sei „nicht verantwortbar“ und „fahrlässig“.

Die Situation auf den Intensivstationen sei „teilweise sehr angespannt“, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Dies gelte aber nicht überall. Im Kreis Soest beispielsweise seien lediglich drei von 60 Intensivbetten mit Corona-Patientinnen und -Patienten belegt. Es gelte deshalb, den Menschen „die ganze Wahrheit“ zu erklären. Die Risiken im ländlichen Raum seien geringer als in Metropolen, sagte Rasche: „Die Frage ist: Wie gehen wir damit um?“ Aus Sicht der FDP sei es sinnvoll, Impfeserven aufzubrechen, Betriebsärzte zügig einzubinden und die Impfpriorisierung aufzugeben, sobald dies möglich sei. Es müsse mehr Anreize für Tests geben.

Es gehe „auch ohne die unseligen Dauer-Lockdowns“, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. In der Schweiz zum Beispiel traue die Politik den Menschen mehr zu. Bei höherer Inzidenz könne man dort „jetzt Kaffee trinken und essen gehen“. Dies gelte auch für die Niederlande, Österreich, Großbritannien und Italien. In Deutschland dagegen habe sich ein „politmediales Meinungskartell“ gebildet, das „jeden bestraft, der der autoritären Sicht dieses Kartells mit guten Argumenten widerspricht“. Wagner sprach von „verheerenden Kollateralschäden“ und einem „unseligen Zeitgeist der Einfalt und Intoleranz“, dem sich die AfD widersetze.

Ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion ([17/13555](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt.

wib, sow, tob, zab



Studierende

28.4.2021 – Die SPD-Fraktion kritisiert soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Studierende. In ihrem Antrag ([17/13402](#)) verweist sie auf eine sinkende Zahl von Studentinnen und Studenten, gerade im ersten Semester und aus dem Ausland. Die Fraktion fordert in ihrem Antrag, aus dem Rettungsschirm einen Sonderfonds für Hochschulen anzubieten, damit genügend digitale Leihgeräte zur Verfügung stünden. Auch müsse es digitale soziale Räume für einen Austausch jenseits der Lehrveranstaltungen geben. Zudem benötigten die Studierenden Beratung und niedrigschwellige finanzielle Hilfen. Masterstudierende sollten Angebote erhalten, als studentische Hilfskräfte in Schulen Lerndefizite bei Kindern auszugleichen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss verwiesen.

Insolvenzen

28.4.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP haben die Landesregierung aufgefordert, die Möglichkeit eines erweiterten Zugangs zu kostenfreier Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung zu prüfen. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen rechnet damit, dass durch die Folgen der Corona-Pandemie immer mehr Menschen in Geldnöte gerieten, heißt es in einem Antrag ([17/13410](#)), den der Landtag bei Gegenstimmen von SPD und AfD angenommen hat. Personengruppen mit geringem Einkommen, darunter Alleinerziehende, Solo-Selbstständige, Rentnerinnen und Rentner oder Kranke, hätten bislang kein Anrecht auf unentgeltliche Beratung und Unterstützung, solange sie nicht Sozialhilfe oder Grundsicherung bezögen. Die Schuldnerberatung liege aktuell in der Zuständigkeit der Kommunen, die Verbraucherinsolvenzberatung in der des Landes. Die Landesregierung solle „eine organisatorische Zusammenlegung von Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung“ prüfen. Möglichkeiten des außergerichtlichen Vergleichs sollten gestärkt werden. Ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion ([17/13552](#)) wurde abgelehnt.

Lärmschutzwände

28.4.2021 – Die AfD-Fraktion fordert eine „Standardisierung“ von Lärmschutzwänden und -wällen. In ihrem Antrag ([17/13396](#)) bezieht sie sich auf ein Unglück auf der Autobahn 3 bei Köln im November vergangenen Jahres. Dort hatte sich ein tonnenschweres Teil einer Lärmschutzwand gelöst und war auf ein Auto gestürzt. Die Fahrerin kam dabei ums Leben. Ursächlich sei ein „Baumangel an einer unzugänglichen, nicht einsehbaren Stelle“ gewesen. „Eine Standardisierung von Lärmschutzwandelementen und deren Befestigung bietet schon während der Entwicklung dieser Bauteile die Möglichkeit, ausgiebige Prüfungen für die notwendigen Freigaben durchzuführen, die nicht immer wiederholt werden müssten“, heißt es im Antrag der Fraktion. Eine Standardisierung ermögliche es zudem, „einheitliche Tests durchzuführen und somit auch den Prüfungsvorgang zu vereinfachen“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

Insektenschutz

28.4.2021 – Im Kampf gegen das Artensterben spricht sich die Grünen-Fraktion für die stärkere Nutzung des Straßengrüns aus. In einem Antrag ([17/13392](#)) fordert die Fraktion ein Sonderprogramm des Landes, um die biologische Vielfalt entlang von Kreis-, Bundes- und Landesstraßen zu steigern. Dafür sollen über drei Jahre mindestens drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. „Grünstreifen entlang von Bundes- und Landstraßen ebenso wie Kreisverkehre können mit einfachen und vergleichsweise kostengünstigen Mitteln zu Orten werden, an denen sich eine große Zahl von Tier- und Pflanzenarten ansiedelt“, heißt es im Antrag. Die Grünen warnen, dass der Artenschwund weltweit immer dramatischere Züge annehme. Ganz besonders vom Artensterben betroffen seien Insekten. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss (federführend) überwiesen.

Zukunft der Arbeit

29.4.2021 – Die SPD-Fraktion hat Pläne für Schwerpunkte der Arbeits-, Wirtschafts- und Klimapolitik in Nordrhein-Westfalen im Plenum vorgelegt. Deutschland und Nordrhein-Westfalen stünden aktuell vor drei großen Herausforderungen, heißt es in einem entsprechenden Antrag der Fraktion ([17/13401](#)). Es gehe erstens um „die unmittelbaren Folgen der Corona-Pandemie auf Konjunktur und Arbeitsmarkt“, zweitens um „die schon länger bestehenden Missstände auf dem Arbeitsmarkt und beim Arbeitsschutz“ und drittens um „die Digitalisierung und Dekarbonisierung von Handel und Industrie“. Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt müssten bekämpft, Mitbestimmung, Tarifbindung und Geschlechtergerechtigkeit gestärkt, das Lohnniveau angehoben und der Niedriglohnsektor zurückdrängt werden. Nötig sei ein „sozial-ökologischer Umbau“ der Wirtschaft. Die Landesregierung müsse u. a. einen Stabilitätsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro für Klimaschutz und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen einrichten. Drei politische „Offensiven“ schlägt die Fraktion vor. Sie tragen die Überschriften: „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“, „Mitbestimmungsland NRW“ und „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

„Entfesselung“

29.4.2021 – Die nordrhein-westfälische Wirtschaft stecke voller Potenziale, werde jedoch „durch komplexe bürokratische Auflagen, langwierige Genehmigungsverfahren sowie ein kompliziertes Steuer- und Abgaberecht auf Bundesebene eingeschränkt“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/13408](#)). Erforderlich seien „diverse Entfesselungsmaßnahmen auf Bundesebene“. Die „NRW-Koalition“ präsentiere sich gegenüber dem Bund als Vorbild und habe „bereits zahlreiche Entfesselungsmaßnahmen



beschlossen und auf den Weg gebracht“. Die Landesregierung solle sich auf Bundesebene u. a. dafür einsetzen, „dass ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft eingesetzt wird“. Die während der Corona-Pandemie ergriffenen Beschleunigungen und Standardisierungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren sollten evaluiert werden und bei einer positiven Bewertung nahtlos fortbestehen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen, bei Gegenstimmen von SPD, Grünen und AfD.

Flüchtlinge

29.4.2021 – Der Landtag hat in 2. Lesung einen Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion „zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge“ (Flüchtlingsaufnahmegesetz, [17/11841](#)) abgelehnt. Gegen das Vorhaben stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. Die Grünen und die SPD stimmten dafür. Der Entwurf sah vor, die monatlichen Kostenpauschalen für die Kommunen zur Aufnahme und Unterbringungen von Flüchtlingen gemäß eines Kompromiss-

vorschlags von Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund NRW zu erhöhen. Die Grünen hatten u. a. argumentiert, dass die Zahl der geduldeten Flüchtlinge, die den Kommunen zugewiesen werden, kontinuierlich ansteige. Zwar gewähre das Land ihnen für die Aufnahme und Unterbringung sowie für die Versorgung eine monatliche Kostenpauschale. Die Zahlungsverpflichtung ende aber bisher für Geduldete, die „länger als drei Monate nach Eintritt der vollziehbaren Ausreisepflicht aufgrund von Abschiebeverboten“ weiterhin in den Gemeinden lebten. Dies führe zu hohen finanziellen Aufwendungen für die Kommunen.

Große Anfrage

29.4.2021 – Der „Investitionsstau bei der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen“ war Thema einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion ([17/9653](#)) und einer Debatte im Plenum. Einer Untersuchung zufolge liege der Investitionsstau in Deutschland bei 450 Milliarden Euro. Auch in NRW verwiesen „zahlreiche Expertinnen und Experten auf massive Investitionsbedarfe u. a. bei Schulen, Krankenhäusern,

Klimaschutz, Brücken und bei der digitalen Infrastruktur“. Die Fraktion hatte insgesamt 39 Einzelfragen gestellt. Darin ging es u. a. um Investitions- und Sanierungsbedarfe im Bereich des Landes sowie bei den Kommunen. Die Antwort der Landesregierung ([17/12787](#)) umfasst rund 150 Seiten. Als bevölkerungsreichstes Flächenland verfüge Nordrhein-Westfalen über ein „umfangreiches Portfolio an öffentlicher Infrastruktur“. Die Landesregierung sei sich dieser Bedeutung bewusst und richte „auch mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2021 und der Finanzplanung bis zum Jahr 2024 den Fokus auf mittel- und langfristige Investitionen in die Zukunft des Landes“. In der aktuellen Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2024 seien rund 42,9 Milliarden Euro für Investitionen vorgesehen.

Einschulung

29.4.2021 – Der Landtag hat auf Antrag der Grünen über den Stichtag für die Einschulung beraten. Bisher kommen alle Kinder regulär in die Schule, die bis zum 30. September des laufenden Schuljahrs 6 Jahre alt werden. Die Ent-



Neue Abgeordnete verpflichtet

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat vor Beginn einer Sondersitzung des Landtags am 15. April 2021 Claudia Cormann als Abgeordnete verpflichtet. Die 58-jährige TV-Journalistin kommt aus Aachen und ist Mitglied der FDP-Fraktion. Sie rückt für Bodo Middeldorf (FDP) nach, der sein Mandat niedergelegt hatte. Präsident Kuper beglückwünschte die neue Abgeordnete und sagte: „Auf gute Zusammenarbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.“

Foto: Schälte



AUS DEM PLENUM

wicklung von Kindern verlaufe aber individuell, argumentiert die Fraktion und verweist auf entwicklungspsychologische Expertise. Auch hätten mehr als 40.000 Menschen eine entsprechende Petition zur Vorziehung des Stichtags auf den 30. Juni unterschrieben. Nur noch Brandenburg und NRW hielten an diesem späten Stichtag fest, heißt es im Antrag ([17/10629](#)). In Bayern und Niedersachsen gelte neben dem Stichtag 30. Juni ein Korridor zwischen 1. Juli und 30. September: Bei Kindern, die in diesem Zeitraum ihren 6. Geburtstag feierten, entschieden dort die Eltern, ob ihr Kind in diesem oder erst im Folgejahr eingeschult werde. Beides fordert die Fraktion im Antrag auch für NRW. Den Eltern werde damit das Vertrauen entgegengebracht, aus der umfassenden Kenntnis ihres Kindes verantwortlich über den Zeitpunkt der Einschulung zu entscheiden und sich mit dem Kita-Personal zu beraten. In NRW müsse bisher für diese Kinder in einer schulärztlichen Untersuchung die Schulreife festgestellt werden. Umgekehrt müssten für eine Rückstellung des Kindes „erhebliche gesundheitliche Gründe geltend gemacht werden“. Auch ein Erlass, der einen weniger restriktiven Umgang mit Rückstellungsanträgen erreicht habe, habe die Diskussion um den richtigen Einschulungstag nicht beendet. Der Antrag wurden mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD enthielt sich.

Stipendien

29.4.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ein Stipendienwerk/-programm schaffen, um jungen Nordrhein-Westfalen weiterhin einen Aufenthalt auf der Insel zu ermöglichen. Hintergrund ist die Entscheidung der Briten, mit dem Brexit auch aus dem europäischen Förderprogramm „Erasmus+“ auszusteigen. Folge sei, dass sowohl Auslandsaufenthalte britischer Studierender und Auszubildender auf dem europäischen Festland als auch europäischer Bürgerinnen und Bürger im Vereinigten Königreich nicht mehr finanzi-

ell über „Erasmus+“ förderfähig seien, wie es in einem Antrag der Fraktionen heißt ([17/13411](#)). Dies führe zu „enormen zusätzlichen Kosten“ für Studierende und Auszubildende. Die Fraktionen fürchten zudem Auswirkungen auf Schulpartnerschaften. Sie fordern die Landesregierung daher auf, ein Konzept für eine dauerhafte Vergabe von Stipendien zu prüfen, die Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen einen Aufenthalt in Großbritannien ermöglichten. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales (federführend) überwiesen.

Aktuelle Stunde

30.4.2021 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über Meinungsfreiheit debattiert. Anlass war ein Antrag der AfD-Fraktion („Die Meinungsfreiheit darf kein Corona-Opfer werden! Demokraten in NRW müssen totalitären Tendenzen im Zusammenhang mit der Pandemie eine entschiedene Absage erteilen!“; [17/13539](#)). Die Fraktion bezog sich auf eine Aktion von 53 Künstlerinnen und Künstlern. Unter dem Hashtag „#allesdichtmachen“ hatten sie im Internet Videos zu coronabedingten Lockdowns gepostet. Befürworter der Lockdown-Politik hätten deutlich aggressiver auf die Videos reagiert als deren Gegner. Es habe sogar Morddrohungen gegeben. Die AfD-Fraktion sieht das „Grundrecht auf freie Meinungsäußerung“ und das „Grundrecht der Kunstfreiheit“ in Gefahr. [Sven W. Tritschler](#) (AfD) sagte, ein „bundesrepublikanischer Gesinnungsterror“ treffe Personen, die gegen das „Meinungsmonopol“ aufbegehren. Es stelle sich die Frage, ob Meinungsfreiheit nur für Linke gelte. [Andrea Stullich](#) (CDU) sagte, Ironie sei ein Stilmittel der künstlerischen Kommunikation, „aber kein politisches Argument“. Die Ironie sei in den Sprechbeiträgen der Aktion teils schwer zu identifizieren gewesen. [Sarah Philipp](#) (SPD) sagte, die AfD spiele sich als „Wahrer von Kunst- und Meinungsfreiheit auf“. Es sei der Versuch, „in einer recht trüben

und vor allen Dingen auch sehr braunen Suppe nach Themen und Wählerstimmen zu fischen“. [Thomas Nüchel](#) (FDP) sagte: „Mit dem Antrag der AfD verschwenden wir unsere Zeit.“ In einer Pandemie gebe es Wichtigeres zu tun, als über Videos und Tweets zu sprechen. Grünen-Fraktionschefin [Verena Schäffer](#) sagte, die an der Aktion beteiligten Künstlerinnen und Künstler hätten so getan, als habe es keine Debatte, kein Ringen und keine Kritik in der Pandemie gegeben. Dies stimme nicht. Kulturministerin [Isabel Pfeiffer-Poensgen](#) (parteilos) betonte, sowohl die Aktion als auch die öffentliche Debatte darüber seien von der Meinungsfreiheit gedeckt. Der AfD-Fraktion empfahl sie: „Innehalten, nachdenken, abrüsten.“

Petitionsbericht

30.4.2021 – Die Zahl der Eingaben an das nordrhein-westfälische Parlament sind im vergangenen Jahr stark angestiegen. Dies geht aus dem Bericht hervor, den der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, [Thomas Schnelle](#) (CDU), im Landtag vorgestellt hat. Mit 3.437 Anliegen hätten sich Bürgerinnen und Bürger allein im zweiten Halbjahr 2020 an den Ausschuss gewandt, der Ansprechpartner bei Ärger mit Ämtern und Behörden ist. Im Jahr 2020 seien insgesamt 7.122 Petitionen und damit fast 1.800 Eingaben mehr als im Vorjahr (5.343 Petitionen) eingegangen. Vor allem die Lebensbedingungen in der Corona-Pandemie machten den Menschen Sorgen: Massenproteste gegen die Abiturklausuren, Beschwerden gegen Besuchsverbote in Seniorenheimen, Bitten um Ausnahmen für die Fortsetzung medizinischer Therapien, Fragen zu Steuererleichterungen, Petitionen gegen verhängte Bußgelder, Proteste gegen die Maskenpflicht, Beschwerden gegen die „Ausdünnung“ des Öffentlichen Nahverkehrs und vieles mehr zählt der Bericht auf. Fast 30 Prozent der Petitionen des zweiten Halbjahrs 2020 hätten sich mit Belangen rund um Bauen, Wohnen, den Verkehr und die Umwelt befasst. Der Bericht im Parlament erfolgte nach Redaktionsschluss.

Unternehmen und Tarife

Landtag diskutiert in Aktueller Stunde über Verträge

29. April 2021 – Die SPD-Fraktion hatte die Debatte beantragt. Hintergrund: Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi habe auf einen aktuellen Fall in Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Ein Unternehmen weigere sich, in Verhandlungen mit den Beschäftigten einzutreten.

Das von der Gewerkschaft genannte Unternehmen weigere sich, „als Arbeitgeber in Tarifverhandlungen für die rund 420 Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen zu treten. In der Konsequenz streiken die Beschäftigten seit 60 Tagen und kämpfen für ihre Rechte“, heißt es im Antrag der SPD-Fraktion („Tarifflucht in Nordrhein-Westfalen eindämmen!“, [17/13538](#)).

Dies sei kein Einzelfall, so die Fraktion. Auch andere Unternehmen hätten Tarifverträge gekündigt oder würden bestehende Verträge nicht anerkennen. Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern würden eingeschränkt, eine „faire tarifliche Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und Wertschätzung“ blieben ihnen verwehrt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund habe bereits 2019 angemahnt, dass den Sozialversicherungen in Nordrhein-Westfalen „jährlich 2,2 Milliarden Euro und dem Fiskus 1,3 Milliarden Euro an Einkommensteuer aufgrund von Tarifflucht und Lohndumping entgehen“. Das Geld werde gebraucht „für den sozialen Ausgleich, für Investitionen in Infrastruktur und in Bildung“.

Das Gehalt des Vorstandsvorsitzenden des Mutterkonzerns sei im vergangenen Jahr von 2,82 Millionen auf 4,3 Millionen Euro erhöht worden, sagte [Lisa-Kristin Kapteinat](#) (SPD). Eine Kompletterfüllung der Gewerkschaftsforderung hätte sich hingegen auf 900.000 Euro belaufen. Deshalb sei nun die Regierung in der Verantwortung, das Unternehmen aufzufordern, „sich an den Verhandlungstisch zu setzen“. Dass dies ausgerechnet bei der Tochter einer ehemaligen

Landesgesellschaft vonnöten sei, zeige, was Privatisierung bedeuten könne – diese habe Ministerpräsident Laschet 2008 als damaliges Kabinettsmitglied mitzuverantworten.

„Die Tarifautonomie, die Tarifpartnerschaft und die Tarifbindung sind keine überholten Modelle der sogenannten alten Arbeitswelt, sondern auch in Zeiten des digitalen Wandels topaktuell“, betonte [Peter Preuß](#) (CDU). Tarifverträge sorgten für Arbeitszufriedenheit, Fachkräftesicherung und sozialen Frieden. Zum verfassungsgemäß verbrieften Recht gehöre auch, sich nicht tariflich zu binden. Leider nehme die Bereitschaft zu dieser Bindung seit Jahren sowohl auf der Arbeitgeber- als auch auf der Arbeitnehmerseite ab. Deshalb müsse die Politik eingreifen und letztlich Regeln setzen, wie etwa beim Mindestlohn geschehen.

„Staat in Verantwortung“

Tarifbindung führe u. a. zu besseren Entgelten, besseren Arbeitsbedingungen, mehr Urlaubstagen sowie mehr Aufstiegs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, sagte [Mehrdad Mostofizadeh](#) (Grüne). Der Staat stehe in der Verantwortung und könne beispielsweise tarifgebundene Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt behandeln. „Wir wollen hohe Standards bei der Tarifbindung“, sagte Mostofizadeh. Es sei „niederschmetternd“, dass es vor einigen Wochen keine Einigung beim Branchentarifvertrag in der Pflege gegeben habe. NRW tue gut daran, die Tarifbindung

und -treue „als wichtige DNA unseres Bundeslandes“ zu verstehen.

Tarifverträge stünden in einem Spannungsverhältnis, sagte [Stefan Lenzen](#) (FDP). Sie sollten Beschäftigte schützen und für eine angemessene Entlohnung sorgen. Andererseits müsse die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen erhalten bleiben, was wiederum Arbeitsplätze sichere. „Für die freien Demokraten gilt die Tarifautonomie“, sagte Lenzen. Die Politik dürfe nicht „immer weiter bei gesetzlichen Regulierungen draufsatteln“. Das koste Arbeitsplätze. „Wir müssen die Attraktivität von Tarifverträgen erhöhen und zwar durch weniger staatliche Regulierung und mehr Gestaltungsmöglichkeiten der Tarifpartner für die Arbeitswelt der Zukunft.“

[Dr. Martin Vincenz](#) (AfD) verwies in seiner Rede darauf, dass Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite autonom ohne Eingriff der Politik über Tarifverträge verhandelten. Zwar sei ein Tarifvertrag ein Mittel, Beschäftigte gut zu entlohnen. Allerdings sei durch die Coronapandemie eine wirtschaftliche Krise ausgelöst worden, die insbesondere kleine Betriebe betreffe. Da könne es notwendig sein, Beschäftigte zeitweise schlechter zu bezahlen, der Betrieb aber weiter existieren könne. Vincenz forderte zugleich, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker steuerlich zu entlasten.

Arbeitsminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU) nannte die abnehmende Tarifbindung ein „großes Problem“. Seien im Jahr 2000 noch 56 Prozent der Betriebe und 74 Prozent der Beschäftigten in einer Tarifbindung gewesen, so seien es derzeit 32 Prozent der Betriebe und 60 Prozent der Beschäftigten. Diese Entwicklung habe keine Landesregierung aufhalten können, da die Politik nicht zum Abschluss eines Tarifvertrags zwingen könne. Das wichtigste Instrument der Politik sei hier die Möglichkeit, Tarifverträge als allgemeinverbindlich zu erklären. Aber auch dies sei nur auf Antrag der Tarifparteien möglich. *sow, tob, wib*



Fotos: Schälte

Arbeitsminister
Karl-Josef Laumann (CDU)

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2021 (Zweites Bildungssicherungsgesetz) | [17/13092](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 28. April 2021 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/13357](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. April 2021 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [17/13426](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. April 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Erweiterung von Auskunftsrechten auf Mitglieder der Medienkommission gegenüber der Landesanstalt für Medien (Auskunftsrechte-Erweiterungsgesetz Medienkommission NRW) | [17/10856](#) | AfD | 2. Lesung am 28. April 2021 | abgelehnt

Zweites Gesetz zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und weiterer Gesetze | [17/13240](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. April 2021 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesrichter- und Staatsanwältengesetzes | [17/13427](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. April 2021 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Voraussetzungen zur Ausstattung und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Stiftung „Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig – Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere“ beziehungsweise „Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels“ mit den Standorten Bonn und Hamburg | [17/13428](#) | Landesregierung | 1. und 2. Lesung am 28. April 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG) | [17/11841](#) | Grüne | 2. Lesung am 29. April 2021 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes, des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Gesetze (19. Rundfunkänderungsgesetz) | [17/12307](#), [17/13551](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. April 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts | [17/9942](#), [17/13424](#), [17/13556](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. April 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Ergänzung einer Zuständigkeitsregelung im Infektionsschutz- und Befugnisgesetz | [17/13568](#) |

CDU und FDP | 2. Lesung am 30. April 2021 | Abstimmung nach Redaktionsschluss

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältengesetzes – LRiStaG | [17/13063](#) | Grüne | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) | [17/13064](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 | [17/12978](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Seilbahnen in Nordrhein-Westfalen | [17/13033](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz und zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption | [17/13070](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/12976](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung

Klimaanpassungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KlAnG) | [17/12977](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes (WbG-Weiterentwicklungsgesetz) | [17/12755](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Durchführung strafrechtsbezogener Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt in Nordrhein-Westfalen (Strafrechtsbezogenes Unterbringungsgesetz NRW – StrUG NRW) | [17/12306](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (Versammlungsgesetz-Einführungsgesetz NRW – VersGEinfG NRW) | [17/12423](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz über Zuständigkeiten und zur Umsetzung des vereinheitlichten Energieeinsparrechts für Gebäude (GEG-Umsetzungsgesetz – GEG-UG NRW) | [17/12424](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/12383](#) | AfD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/12059](#) | AfD | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 | [17/12033](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen (Wohnraumstärkungsgesetz – WohnStG) | [17/12073](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/11673](#) | SPD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze | [17/11622](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, des Landesforstgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes | [17/11624](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW) | [17/8762](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Schule in Zeiten der Pandemie

Sachverständige äußern sich zu Gesetzentwurf der Landesregierung

14. April 2021 – Die Corona-Pandemie stellt Kinder und Jugendliche, ihre Eltern, aber auch Lehrkräfte vor besondere Herausforderungen. Der reguläre Schulbetrieb ist beeinträchtigt, Präsenzunterricht nicht immer möglich. Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem sie Nachteile für Schülerinnen, Schüler und Lehramtsstudierende vermeiden will. Im Ausschuss für Schule und Bildung haben sich Sachverständige dazu geäußert.

Während der Corona-Pandemie finde in der Schule „weiterhin kein üblicher Betrieb“ statt, heißt es im Entwurf der Landesregierung für das Zweite Bildungssicherungsgesetz (17/13092). Angesichts der dynamischen Entwicklung der Pandemie sei es notwendig, auf Entwicklungen reagieren und schnelle Entscheidungen herbeiführen zu können. Sie betreffen u. a. erweiterte Nachprüfungsmöglichkeiten, um die Versetzung in die nächste Klasse zu erleichtern. Freiwillige Wiederholungen des Schuljahrs sollten nicht auf die maximal zulässige Verweildauer an der jeweiligen Schule angerechnet werden. Die SPD-Fraktion hatte einen Änderungsantrag (17/13188) eingebracht und darin u. a. gefordert, landeseinheitliche Prüfungen „durch eine durch die Lehrkräfte der Schule erstellte Prüfungsarbeit zu ersetzen, die stärker auf den tatsächlich erteilten Unterricht Bezug nehmen kann, als dies bei zentralen Prüfungen möglich ist“.

Distanzunterricht könne den Präsenzunterricht nicht ersetzen, schreibt die Landeselternkonferenz NRW in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss und spricht sich gegen zentrale Prüfungen aus. Die Unterschiede zwischen den Schulen, Klassen, Lerngruppen und Familien seien „einfach zu groß, um von ‚fairer‘ Beurteilungen und Prüfungsbe-

dingungen sprechen zu können“. Die Konferenz empfiehlt, „statt einer Leistungsbeurteilung eine Leistungsstandbeschreibung abzugeben, die aber nicht automatisch versetzungsrelevant sein darf“.

„Individuelle Ausgangslagen“

Ähnlich äußert sich die Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen. Zeugnis- und Versetzungsnoten seien das Ergebnis eines einjährigen Lehr-, Lern- und Bewertungsprozesses: „Dieser Prozess ist im Hinblick auf die Unterschiede in den konkreten Situationen (...) in bisher nicht dagewesener Weise unterschiedlich verlaufen.“

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) weist ebenfalls auf „heterogene und individuelle Ausgangslagen“ hin. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schreibt in ihrer Stellungnahme: „Letztlich konsequent wäre es, in diesem Jahr die Prüfungen auszusetzen und den mittleren Schulabschluss und den Hauptschulabschluss auch in den Hauptfächern und dem Wahlpflichtfach ohne Prüfung zu vergeben.“ Man schließe sich der Auffassung der Landesregierung an, dass eine Leistungsbeurteilung sowie die

Erteilung von Zeugnissen zum Schuljahresende möglich seien, so der Verband „Lehrer NRW“. Die „Rückkehr zu landeseinheitlichen Aufgaben“ sehe man dagegen kritisch.

Die Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung der Gymnasien stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung „in seinen zentralen Aspekten“ zu. Allerdings kritisiert sie „die darin beschriebene Regelung, am Ende der Erprobungsstufe einen Schulformwechsel ‚weitestgehend‘ nur mit dem Einverständnis der Eltern zu ermöglichen“. Man habe „immer wieder die leidvolle Erfahrung“ gemacht, dass Eltern die Fachexpertise der Lehrerinnen und Lehrer pauschal infrage stellten, den Verbleib ihres Kindes auf dem Gymnasium dagegen grundsätzlich nicht.

Der Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen bezeichnet das Festhalten am Zentralen Abschlussverfahren in der Sekundarstufe I als „richtige Entscheidung“. Für nicht versetzte Schülerinnen und Schüler biete ein Wiederholungsjahr die Möglichkeit, entstandene Defizite aufzuarbeiten. Die Betroffenen benötigten intensive individuelle Förderung durch ausgebildete Lehrkräfte. Dafür seien zusätzliche Stellen an den Gymnasien erforderlich.

Der Gesetzentwurf würde „für eine weitere Verschärfung der sozialen Ungleichheit und sozialen Ungerechtigkeit in den Schulen sorgen“, schreibt die Landeschüler*innenvertretung NRW. Erforderlich sei „insbesondere eine weitreichende Anpassung der Abschlussprüfungen“. Schülerinnen und Schüler von Abschlussklassen sollten in diesem Schuljahr zwischen Abschlussklausuren und Durchschnittnoten wählen können. Bei der zehnten Klasse bedürfe es zusätzlich einer „Dezentralisierung der zentralen Abschlussprüfungen“.

Der Verband „unternehmer nrw“ ist anderer Ansicht. In seiner Stellungnahme heißt es: „Zentrale Prüfungen sind aus unserer Sicht grundsätzlich ein wichtiges Element der Qualitätssicherung in der schulischen Bildung. Sie sichern die Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit von Abschlüssen.“ Es sollte „unbedingt der Eindruck eines Abschlusses ‚2. Klasse‘ vermieden werden“.

Der Landtag beschloss das Gesetz am 28. April 2021 in 2. Lesung mit den Stimmen von CDU und FDP.

zab

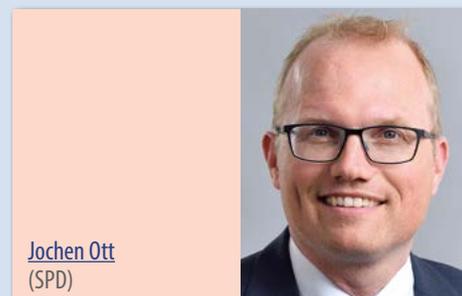
Foto: Schälte



Mehr zum Thema lesen Sie auf den [Seiten 10 und 11](#).

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Bildungssicherungsgesetz“



Das Schuljahr 2020/2021 ...

... stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Ein normaler Schulbetrieb, wie ihn Lehrkräfte, Schülerschaft, Eltern und weitere Beteiligte kennen, war und ist leider nicht möglich. Mit dem Zweiten Bildungssicherungsgesetz reagiert die Landesregierung auf die besonderen Bedingungen des Schuljahres.

... war kein normales. Unterricht hat in unterschiedlichem Umfang und auf unterschiedliche Weise stattgefunden. Viele Inhalte konnten gar nicht oder nicht ausreichend vermittelt werden. Die anstehenden Prüfungen bedeuten für viele Schüler*innen Stress, da sie die Sorge haben, nicht ausreichend gut vorbereitet zu sein oder aufgrund von möglichen Quarantänen nicht an den Prüfungen teilnehmen zu können.

Abschlussprüfungen ...

... sollen Bildungsabschlüsse sichern, die das Rüstzeug für einen erfolgreichen Start in eine Ausbildung oder ein Studium darstellen. Nach jahrelanger zielstrebigem Arbeit verdienen alle Schülerinnen und Schüler der Abschlussjahrgänge einen vollwertigen Abschluss, der anerkannt wird.

... sollten die unterschiedlichen Voraussetzungen berücksichtigen. Wir müssen den Prüflingen die Sorge nehmen, dass sie auf ihrem weiteren Lebensweg benachteiligt sind. Sie haben Enormes geleistet, Resilienz bewiesen und verdienen unsere Wertschätzung. Darum fordern wir in unserem Änderungsantrag, dass die ZP10 durch Klassenarbeiten ersetzt werden und Abiturient*innen einen Freiversuch erhalten.

Versetzungen ...

... können zum Ende des Schuljahres erfolgen. Versetzungsentscheidungen und somit die Vergabe von leistungsbezogenen Abschlüssen sind sinnvoll. Eine Versetzung ohne Leistungsbeurteilung würde zu Nachteilen bei den Schülerinnen und Schülern führen.

... sollten in diesem Schuljahr für alle Schüler*innen gelten. Schüler*innen, deren Versetzung als gefährdet gilt, sollte ein anrechnungsfreies freiwilliges Wiederholen ermöglicht werden. Die Lehrkräfte sollten den betroffenen Schüler*innen und ihren Eltern eine ausführliche Beratung anbieten und gemeinsam mit ihnen passgenaue, individuelle Förderangebote entwickeln.

Am Ende der Erprobungsstufe ...

... soll die Klassenkonferenz auf Basis der Leistungsbewertungen eine Aussage dazu treffen, ob eine Schülerin oder ein Schüler den Bildungsweg in der aktuellen Schulform weiterführen kann. Ob eine Wiederholung des Schuljahres erfolgt oder ein Schulformwechsel, wird nach Beratung durch die Schule von den Eltern entschieden.

... sollte im Rahmen eines ausführlichen Beratungsgesprächs ein wohlwollender Blick auf die Entwicklungen der Schüler*innen geworfen werden. Die Erprobungsstufe sollte auf das 7. Schuljahr verlängert werden, um den Druck von den Kindern zu nehmen. Dabei sollte diese eng mit einem passgenauen Förderangebot verzahnt werden. Ich plädiere, gerade in diesem Jahr, für eine neue Kultur des Behaltens.



... ist kein normales Schuljahr und für die Schüler:innen, Eltern, Lehrkräfte und alle weiteren Beteiligten eine besondere Herausforderung. Wir möchten uns bei allen für die außerordentlichen Bemühungen der vergangenen Monate bedanken! Durch das Zweite Bildungssicherungsgesetz werden die Bildungschancen der Schüler:innen gesichert und Klarheit für das Schuljahr 2020/21 geschaffen.

... sind ein wichtiger Meilenstein im Leben von jungen Menschen. Wir sorgen dafür, dass die Prüfungen sicher und fair ablaufen. Wir haben viele Regularien angepasst, um die besondere Situation zu berücksichtigen. Das Wichtigste ist für uns, dass die Schüler:innen keine Nachteile für ihren weiteren Lebensweg erhalten und die Qualität der Abschlüsse von niemandem angezweifelt werden kann.

... werden in diesem Jahr nicht „automatisch“ stattfinden. Dank des enormen Einsatzes aller am Schulleben Beteiligten haben Präsenz-, Wechsel- und Distanzunterricht gut funktioniert und es hat hochwertiger Unterricht stattgefunden. Die Lehrkräfte werden für jede/n Schüler:in individuell prüfen, ob die Lernstände ausreichend für eine Versetzung sind, um sie im neuen Schuljahr nicht zu überfordern.

... können in diesem Jahr die Eltern in Absprache mit der Schule entscheiden, ob ihr Kind weiter an der gewählten Schulform bleiben oder auf eine andere Schulform wechseln soll. Dadurch können die Situation aller Schüler:innen individuell gewürdigt und Entscheidungen über den weiteren Verlauf der Schullaufbahn gemeinsam getroffen werden.



... hat die Bildungsungleichheit weiter verschärft. Nicht zuletzt durch Unterschiede in Quanti- und Qualität des Unterrichts, der digitalen und personellen Ausstattung. Dazu ein chaotisierender Kurs der Schulministerin und kommunikatives Versagen. Es braucht endlich ein Netzwerk aus Lehramtsstudierenden, Jugendarbeit und -hilfe sowie verlässliche Unterstützung von Kindern und Familien in schwierigen Lagen.

... müssen neu gedacht werden. Im Jahrgang 10 können sie wegen der völlig unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Bedingungen in den Schulen nicht zentral gestellt werden. Individuelle Lern- und Prüfungszeiträume sind nötig. Wer jetzt noch Lernzeit braucht, muss auch beim Abitur die Möglichkeit erhalten, die Prüfungen nach den Sommerferien abzulegen, um mehr Zeit zur Vorbereitung zu haben.

... müssen die besonderen Bedingungen in diesem Schuljahr berücksichtigen. Deshalb muss eine freiwillige Wiederholung möglich sein und darf nicht auf die Höchstverweildauer in den Schulstufen, auch in der gymnasialen Oberstufe, angerechnet werden. Klassenarbeiten müssen ausgesetzt werden. Sie lassen sich zeitlich nicht mehr realisieren. Der damit verbundene Druck ist zudem für alle in der Schule überflüssig.

... sollen die Kinder in der gewählten Schulform weiter beschult werden. Es kann nicht zu Abschlüssen gerade in dieser Situation kommen. Alle Schulen haben die Verantwortung, „ihre“ Kinder zu einem ersten Schulabschluss zu führen. Die Folgen der Pandemie mit Fördernotwendigkeiten werden noch lange Zeit spürbar sein. Es kann nicht sein, dass sich wieder einmal bevorzugt integrierte Schulen der Aufgabe stellen.



... ist geprägt von Verantwortungslosigkeit gegenüber Schülern und Lehrkräften. In noch nie dagewesenem Maße hat man die Schüler ohne hinreichenden objektiven Grund isoliert und ihre Bildungsmöglichkeiten gravierend eingeschränkt. Der Schulbetrieb wird durch die Reparaturverordnungen nur scheinbar normal weitergeführt. Die Lerndefizite und die sozialpsychischen Schäden werden noch lange nachwirken.

... spielen für die berufliche Zukunft unserer Schüler eine wegweisende Rolle und müssen deshalb auch durchgeführt werden. Die Schüler dürfen nicht auch noch unter dem Verdikt leiden, ihren Abschluss prüfungslos erworben zu haben. Allerdings zeigt sich in dieser Situation, dass die Zentralität von Prüfungen nicht immer die beste Lösung ist.

... müssen auch in diesem Schuljahr ausgesprochen bzw. nicht ausgesprochen werden. Allerdings bedarf es dazu in diesem Schuljahr einer umfassenderen Beratung von Schülern und Eltern im weiten Vorfeld der Versetzungskonferenz. Bewährt haben sich Beratungskonferenzen der Fachlehrer einer Klasse nach dem ersten Quartal, in welcher der Beratungsbedarf der jeweiligen Schüler festgestellt wird.

... muss auch in diesem Schuljahr die Schullaufbahntscheidung gemäß §13, Abs. 3 SchulG NRW getroffen werden können. Man sollte den Lehrkräften vertrauen, dass sie ihre Entscheidung gewissenhaft zum Wohle der Schüler treffen. Das Aussetzen dieser Schullaufbahntscheidung kann die optimale Entwicklung betroffener Schüler stark beeinträchtigen.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Windkraft-Ausbau mit Tempo und Akzeptanz

Die Energiewende ist uns wichtig, weil sie ein Beitrag zum gesunden Klima der Zukunft ist. Gerade in einem dichtbesiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen kann sie nicht gegen die Bevölkerung gelingen. Wir wollen die Akzeptanz für Windenergie erhalten – dieses Ziel haben wir schon mit der FDP im Koalitionsvertrag formuliert. Ein Ziel, dem wir jetzt ein großes Stück nähergekommen sind: Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Schutzabstand von 1.000 Metern für bestimmte Wohngebiete auf der einen Seite und die Stärkung der kommunalen Planungshoheit beim Ausbau der Windenergie auf der anderen Seite erreicht. Denn die Verantwortlichen vor Ort wissen am besten, wo neue Anlagen verträglich gebaut werden können. Generell gilt bei bebauten Ortschaften ein Mindestabstand von 1.000 Metern. Außerhalb können die



Städte und Gemeinden diesen über eine Außenbereichssatzung ebenfalls zu dünnerer Wohnbebauung sicherstellen. Aber es gibt in NRW auch Regionen, die Windenergie ausdrücklich und im Einvernehmen mit der Bevölkerung stärker ausbauen wollen. Dort können die Gemeinden mittels Bauleitplanung – natürlich unter Beach-

tung der Grenzen des Immissionsschutzrechts – vom Mindestabstand abweichen. „Das schafft für beide Fälle klare Spielregeln“, erklären unser baupolitischer Sprecher Fabian Schrupf und unser energiepolitischer Sprecher Henning Rehbaum. „Uns nützen keine potenziellen Standorte für Windenergieanlagen, um die es jahrelange Auseinandersetzungen vor Gericht gibt. Es muss Ausbau einerseits, aber auch der Schutz von Anwohnern und Natur andererseits ermöglicht werden.“ Und dass es geht, hat sich 2020 gezeigt: Da war NRW in Deutschland Spitzenreiter beim Bau neuer Windenergieanlagen.



Digitale Veranstaltung zum Kinderschutz ohne Wenn und Aber

Kinder haben in Nordrhein-Westfalen seit 2002 Verfassungsrang: Die Landesverfassung regelt, dass jedes Kind ein Recht auf Achtung seiner Würde als eigenständige Persönlichkeit und auf besonderen Schutz hat. Staat und Gesellschaft fällt die Aufgabe zu, sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl zu schützen und ihre Rechte zu sichern. Und dennoch sind Kinder viel zu oft Opfer. Auf einem Campingplatz in Lügde und in einer Gartenlaube in Münster – um nur zwei Beispiele zu nennen – haben Täter über Jahre hinweg schwere sexualisierte Gewalt gegen Kinder ausgeübt.

Wir haben den Jahresbericht der Kinderschutzkommission zum Anlass genommen, um auf einer digitalen Veranstaltung mit Expertinnen und Experten ins Gespräch zu kommen.

Wie kann der Schutz von Kindern und Jugendlichen in NRW zukunftsgerichtet verbessert werden – so unsere Leitfrage. Einig waren sich alle Beteiligten, dass diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärker mit Leben gefüllt werden muss. So setzen wir uns dafür ein, dass der Kinderschutz in allen Ausbildungsberufen Bestandteil wird, die im weiteren Sinne mit Kindern befasst sind. Nur so kann es uns gelingen, die Belange von Kindern und Jugendlichen stärker in den Blick zu nehmen.

Expertin Professor Dr. Heike Wiemert von der Katholischen Hochschule NRW wies darauf hin, dass man stärker vom Kind aus denken müsse und Gesetze einem Check für Kinder unterzogen werden müssten. Einen guten Ansatzpunkt bieten Schutzkonzepte in Einrichtungen und Institutionen. Diese könnten gemein-

sam mit den Kindern weiterentwickelt werden. So sind die Jüngsten unserer Gesellschaft nicht nur beteiligt, sondern lernen auch ihre Rechte und Pflichten kennen.

Die Teilnehmenden waren sich einig: Es bleibt eine stetige Aufgabe, Kinder zu stärken. Trotz aller Prävention werden wir nicht verhindern können, dass Kinder Opfer werden. Aber wir müssen sie begleiten, ihnen Hilfe anbieten – und vor allem deutlich machen, dass die Täter die Schuldigen sind, nicht die Kinder.



Perspektiven für den Sport schaffen – gesundheitsfördernde Aspekte nutzen

Durch die Corona-Pandemie ist das öffentliche Leben heruntergefahren worden. Auch der Sport, vor allem der Freizeit- und Amateursport, ist davon massiv betroffen. „Das Sportvereinswesen, der Rehabilitationsport sowie der kommerzielle Sport sind fast vollständig zum Erliegen gekommen“, erklärt Andreas Terhaag, Sprecher für Sportpolitik der FDP-Landtagsfraktion. Das hat negative Effekte für die meist ehrenamtliche Arbeit der Vereine, die Nachwuchsgewinnung, Wettkämpfe und nicht zuletzt die individuelle Fitness und Gesundheit der Menschen.



Andreas Terhaag (FDP)

Bei einer virtuellen Veranstaltung hat Terhaag mit Vertretern aus dem organisierten Sport – Prof. Dr. Christoph Breuer von der Deutschen Sporthochschule Köln und Dr. Christoph Niessen, dem Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen – über Versäumnisse und Perspektiven debattiert. Dabei wurde klar, dass die zahlreichen Unterstützungsprogramme des Landes für die Sportvereine und das Ehrenamt Härten abfedern konnten, es aber greifbare Perspektiven braucht.

In einer Initiative nehmen die Fraktionen von FDP und CDU nun die gesundheitsfördernden Aspekte des Sports auch in pandemischen Lagen in den Blick. „Die präventive Wirkung von Sport und Bewegung auf das Immunsystem und die Psyche sind im Allgemeinen gut erforscht. Das deutet darauf hin, dass Sport und Bewegung für die Bewältigung von Covid-19-Erkrankungen und der Corona-Pandemie positive Wirkungen entfalten können“, sagt Terhaag. Die NRW-Koalition möchte aus der Pandemie lernen und schlägt daher eine grundlegende Studie vor, wie Sport in einer Pandemie als Teil der Lösung wirken kann.



Insektenschutz entlang der Straßen in NRW

Das Artensterben nimmt weltweit immer dramatischere Züge an. Auch bei uns in NRW ist ein deutlicher Rückgang vieler Insekten-, Vogel- und Pflanzenarten zu beobachten. Viele Arten sind bereits ausgestorben, andere vom Aussterben bedroht. Dabei gibt es Möglichkeiten, Artenschutz vergleichsweise einfach und schnell umzusetzen. So schlummert entlang der Straßen in NRW viel Potenzial, um Insekten und anderen kleinen Tieren wieder mehr Rückzugsorte und Nahrungsquellen zu ermöglichen. Was in anderen Bundesländern bereits erfolgreich gelebte Praxis ist, wollen wir nun auch in Nordrhein-Westfalen zunächst mit einem Sonderprogramm umsetzen: Mehr Grün an unseren Straßen.

Zehntausende Kilometer Straße schlängeln sich durch unser Land, eingerahmt von grünen Streifen aus Rasen, Hecken und anderen Pflan-



zen. Diese haben nicht nur verkehrstechnische, sondern eben auch eine ökologische Funktion, die sich in NRW deutlich ausbauen lässt. Bestimmte Pflfetechniken wie die Aushagerung, um den natürlichen Nährstoffgehalt der Böden wieder herzustellen, oder die Aussaat heimischer Blümmischungen können diese Streifen für viele

Insekten und Kleintiere wieder attraktiver machen und auch die Pflanzenvielfalt erhöhen.

Im Rahmen eines Sonderprogramms können verschiedene Maßnahmen erprobt werden und die Erkenntnisse anschließend in eine mögliche Gesetzesänderung fließen. Von dem Programm sollen auch Kommunen profitieren, die etwa Kreisstraßen oder begrünte Kreisverkehre besonders ökologisch gestalten möchten.

Wie hoch der Handlungsdruck ist und wie wichtig der Öffentlichkeit das Thema ist, zeigt auch die breite Unterstützung der Volksinitiative Artenvielfalt.



Grundrechte und Föderalismus zum Schutz der Bevölkerung bewahren!

Die in diesen Tagen so eifrig beschworene „nationale Tragweite“ der „epidemischen Lage“ ergibt sich weniger aus der Epidemie selbst, als vielmehr durch die Maßnahmen, mit der man sie zu bekämpfen sucht. Doch statt deren mehr als bescheidenen Erfolg durch einen Strategiewechsel Rechnung zu tragen, werden sie stetig verschärft. Was eine in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie dagewesene Beschneidung von Freiheits- und anderen Rechten der Bevölkerung bedeutet, wird als „Schutz“ deklariert. Und so wurde soeben das „Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ auf den Weg gebracht. Mit Billigung und Unterstützung



Sven W. Tritschler (AfD)

der NRW-Landesregierung. Die AfD-Fraktion bittet den Landtag daher in einem Antrag, die Landesregierung aufzufordern, alles Erforderliche zu unternehmen, um das Gesetz unverzüglich wieder rückgängig zu machen. Der stv. Fraktionsvorsitzende Sven W. Tritschler macht deutlich: „Die Antwort auf eine gescheiterte Lockdown-Politik

darf nicht noch mehr Autoritarismus sein! Und die weitgehende Beseitigung des Föderalismus in der Corona-Politik, die mit dem Vierten Bevölkerungsschutzgesetz einhergeht, ist ebenfalls strikt abzulehnen!“ Während selbst der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages u. a. an der verfassungsrechtlichen Geltung der in dem Gesetzentwurf enthaltenen Ausgangs-

beschränkungen zweifelt, pocht Tritschler auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit als zentralem Bestandteil von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten: „Die durch das Vierte Bevölkerungsschutzgesetz vorgeschlagenen bundesweiten Grundrechtseingriffe sind unverhältnismäßig: Eine Bekämpfung des Coronavirus um jeden Preis darf es nicht geben. Gefordert sind vielmehr die Herstellung einer Öffnungs- und Normalisierungsperspektive durch Stärkung der Eigenverantwortung und die Ausweitung von Kapazitäten im Gesundheitssystem.“





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Autobahnbrücke

14.4.2021 – Der Verkehrsausschuss hat sich über die Sperrung der A 43 für Lastwagen ab 3,5 Tonnen zwischen den Autobahnkreuzen Recklinghausen und Herne informiert. Bei der 80 Meter langen Brücke über den Rhein-Herne-Kanal aus dem Jahr 1965 sei an Stahl gesparrt worden, erläuterte die digital zugeschaltete Projektleiterin der Autobahn GmbH des Bundes, Carola Ziebs. Als die Brücke 1983 eine neue Fahrbahndecke bekam, sei der Asphalt zu heiß aufgetragen worden. Das nur einen Zentimeter dicke Fahrbahnblech habe die Hitze entsprechend nach unten weitergegeben, weswegen sich Längsträger auf der Westseite der Brücke verformt hätten. Nach damaligem Gutachten sei die Brücke aber weiter befahrbar gewesen. Seitdem habe der Verkehr stark zugenommen. Nun habe ein Gutachten ergeben, dass auch Längsträger auf der Ostseite der Brücke stark verformt seien. Daher müssten Lkw über 3,5 Tonnen die Brücke umfahren. Großräumige Umleitungen von Münster und von Wuppertal aus über die A 1 sollten Schleichwege durch Recklinghausen und Herne vermeiden. Ein für 2024 geplanter Neubau der Brücke werde nun vorgezogen und schnellstmöglich umgesetzt.

Landwirtschaft

14.4.2021 – Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz hat sich mit aktuellen Tendenzen in der Landwirtschaft befasst. Dürresommer, Wassermangel, hohe Futter- und niedrige Milchpreise machten der Landwirtschaft derzeit zu schaffen, berichtete Dr. Martin Berges, Direktor der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen.

Auch invasive Arten verbreiteten sich stark. Ein Beispiel sei die asiatische Kirschessigfliege, die reifendes Obst befallt und schädigt, was zu erheblichen Ernteausschlägen führe. Angesichts der angespannten Situation hätten Betriebe seit Jahren einen schweren Stand und stünden vor dem Ausstieg aus der Landwirtschaft. **Annette Watermann-Krass** (SPD) bedauerte, dass Obst und Gemüse überwiegend nicht mehr in Nordrhein-Westfalen produziert würden und Auszubildendenzahlen in diesem Bereich rückläufig seien. **Norwich Rübe** (Grüne) bemerkte, dass der Umbau und der Wandel in der Tierhaltung so zu gestalten seien, dass „wir nicht die Hälfte der viehhaltenden Betriebe verlieren“. **Markus Dieckhoff** (FDP) appellierte, dass Transformationsprozesse in der Landwirtschaft nötig seien, jedoch in einer für Betriebe erträglichen Geschwindigkeit vollzogen werden sollten. Die Bandbreite der Themen, in der die Landwirtschaftskammer tätig sei, sei „gewaltig“, sagte **Bianca Winkelmann** (CDU). **Dr. Christian Blex** (AfD) fragte nach Potenzialen der regionalen Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten.

Covid-19-Ausschuss

20.4.2021 – Das vom Landtag eingesetzte Parlamentarische Begleitgremium zur Covid-19-Pandemie hat seine Arbeit aufgenommen. In der konstituierenden Sitzung ging es u. a. um die Strukturen und die Arbeitsweise des Gremiums, das ein Unterausschuss des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist. Den Vorsitz hat **Rainer Schmeltzer** (SPD). Dem Begleitgremium gehören 13 Mitglieder an. Das interdisziplinär ausgerichtete Gremium soll aktuelle sowie künftige gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Fragen der Bewältigung

und der Eindämmung der Covid-19-Pandemie behandeln und kann auf wissenschaftlicher Grundlage Handlungsempfehlungen geben. Es wird einmal im Jahr dem Plenum über seine Arbeit berichten. Der Landtag hatte die Einsetzung des Begleitgremiums am 24. März 2021 beschlossen.

Task Force

23.4.2021 – Landeseuropaminister **Dr. Stephan Holthoff-Pförtner** (CDU) hat den Ausschuss für Europa und Internationales über die Arbeit der „Cross-Border Task Force Corona“ informiert. Sie war im März vergangenen Jahres auf Initiative von Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) gegründet worden. Ihr gehören Vertreterinnen und Vertreter Nordrhein-Westfalens, der Niederlande und Belgiens an. Ziele sind u. a. ein gegenseitiger Informationsaustausch und die Abstimmung von Aktivitäten in der Pandemie. Die Task Force habe seit Gründung 75 Mal getagt, erläuterte der Minister in der Ausschusssitzung. Mittlerweile seien auch Niedersachsen und Rheinland-Pfalz beteiligt. Während an anderen Stellen wegen der Corona-Pandemie Grenzen geschlossen worden seien, habe die Task Force dies verhindert, indem man gemeinsam nach Lösungen gesucht habe, betonte Holthoff-Pförtner. Für die Landesregierung habe von Anfang festgestanden, dass „Alleingänge“ in der Krise nicht weiterhelfen. Der Minister sprach von einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit im Sinne des europäischen Gedankens, um das grenzüberschreitende Leben so offen und verantwortungsvoll wie möglich zu gestalten. Diese Arbeit werde fortgesetzt. Nach wie vor tagte die Task Force mindestens einmal in der Woche.

Porträt: Thomas Nüchel (FDP)



Den Rat eines längst verstorbenen Oberbürgermeisters seiner Heimatstadt Herne hat Thomas Nüchel in den Wind geschlagen. Als der damalige Schülersprecher bei der Einweihung eines neuen Schulgebäudes mit einer sehr beeindruckenden Rede aufgefallen war, hatte ihm das Stadtoberhaupt empfohlen, der SPD beizutreten – sonst könne er in der Stadt nichts werden. Angesprochen fühlte sich Nüchel dagegen wenig später vom Informationsstand der Liberalen Hochschulgruppen, als er für ein Referat Unterlagen aus der Bochumer Universitätsbibliothek sammeln musste. Kurz entschlossen gründete er mit ein paar Freunden in der Arbeiterstadt eine Ortsgruppe der Jungen Liberalen und trat mit 16 Jahren in die FDP ein.

An ein Leben als Berufspolitiker dachte Nüchel damals keine Sekunde. Er schlug die journalistische Laufbahn ein, arbeitete für verschiedene Zeitungen und Agenturen, wechselte dann zum Fernsehen, überwiegend mit dem Schwerpunkt Regionales. Schon damals habe ihn gestört, dass man als Journalist zwar viel über alle möglichen Probleme berichten, aber wenig tun konnte, um Probleme zu lösen.

Das änderte sich in seinen Augen, als 2004 aus dem Kommunalverband Ruhr der Regionalverband Ruhr wurde, mit mehr Kompetenzen und besetzt entsprechend der Stärke der Parteien in der Region. Das sei die Chance, etwas zu verändern, dachte Nüchel, zumal er die Mitgliedschaft im Ruhrparlament gut mit seiner beruflichen Arbeit vereinbaren konnte. Auch die FDP habe gemeint, er sei der Richtige

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Thomas Nüchel (FDP). Der 58-jährige Journalist stammt aus Herne. Seine Schwerpunkte im Landtag sind die Verkehrs-, die Kultur- und Medien- sowie die Europapolitik.

für das neue Gremium. Zugute sei ihm dabei eine Erfahrung gekommen, die er als Parteimitglied der Liberalen im Ruhrgebiet gemacht habe: Er habe gelernt, mit Widerstand zu leben und in kontroversen Diskussionen standhaft zu bleiben.

Nüchels Wirbeln im Regionalverband blieb seiner Partei nicht verborgen, und so konnte er 2010 zum ersten Mal für den Landtag kandidieren, allerdings auf einem aussichtslosen Listenplatz. Zwei Jahre später, nach der völlig unverhofften vorzeitigen Auflösung des Landesparlaments, trat er erneut auf einem scheinbar genauso aussichtslosen Platz an. Doch weil die FDP weit besser abschnitt als erwartet, zog Nüchel vor mittlerweile neun Jahren in den Landtag, für den er auch im nächsten Jahr wieder kandidieren will. Mittlerweile ist der 58-jährige Vorsitzender des Verkehrsausschusses und Sprecher seiner Fraktion im Kultur- und Medienausschuss sowie im Ausschuss für Europa und Internationales.

Termine am Bildschirm

Die seit über einem Jahr grassierende Coronapandemie habe die politische Arbeit massiv verändert. Es gebe zwar nicht weniger Termine als früher, aber die fänden jetzt am Bildschirm statt. An bis zu neun Videokonferenzen an einem Tag hat Nüchel schon teilgenommen. Ortstermine, etwa die vor allem im Verkehrsbereich wichtigen Besichtigungen an Ort und Stelle, fallen weitgehend weg.

„Es geht“, sagt Thomas Nüchel, „aber es geht einem auch auf den Wecker.“ Kontakt zu anderen Parteimitgliedern oder Bürgerinnen und Bürgern in seinem Wahlkreis in Herne hält er über Facebook, Instagram und WhatsApp. An manchen Tagen laufen einige Hundert E-Mails bei ihm ein. Nüchel vermisst vor allem die Begegnungen mit Medienschaffenden und den Aktiven in der Theaterszene, für die sein Herz ganz intensiv schlage. Ihm fehlten die Gespräche unter vier oder sechs Augen, ein paar persönliche Worte und dass man nach einem offiziellen Termin noch zusammen einen Wein trinke.

Von den Auswirkungen der Pandemie besonders hart getroffen ist der Kulturbereich, in dem sich Nüchel schon vor seiner politisch-

parlamentarischen Arbeit als Schauspieler, Hörspielsprecher und Theatergründer engagiert hat. Jetzt gehe es darum, den Kulturbetrieb im Land am Leben zu halten und das werde schwierig. Viele Künstler, ob Musiker, Schauspieler, Kabarettisten oder andere hätten keine Reserven mehr.

Das Land habe viel getan, die Ausgaben für Kultur kontinuierlich erhöht und erst kürzlich die Künstlerstipendien verlängert, der Bund dagegen habe die Notlage lange Zeit „verpennt“. Und selbst wenn, wie Nüchel hofft, sich im Sommer oder Spätsommer ein goldener Streifen am Horizont abzeichnet, werde es für die Kunstszene noch einige Zeit dauern, bis Theater, Konzertsäle, Kinos und anderes wieder voll sein würden.

Peter Jansen

Zur Person

Thomas Nüchel wurde in Herne geboren. Er ist seit 1979 Mitglied der FDP. Seit 2012 gehört er dem Landtag an, seit 2017 ist er Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Nüchel ist zudem seit 2006 Mitglied im FDP-Landesvorstand NRW.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Kostolans Borsenpsychologie (1991) – ein amüsant geschriebenes Buch eines brillanten Beobachters, der viel über menschliche Eigenarten und Unvollkommenheiten schreibt und so nebenbei praktische Tipps für Aktienfans vermittelt.

Welche Musik hören Sie gerne?

Klassik: Beethoven; Funk & Soul: Prince; Singer-Songwriter: Leonhard Cohen; Deutsch-Rock: Heinz-Rudolf Kunze

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Mineralwasser und dunkle Schokolade (früher: ein Satz Ilford-Filme)

Ihr liebstes Reiseziel?

Portugal (Küste nördlich von Lissabon) & Hawaii (Big Island) & San Marino

Kurz notiert

100. Geburtstag

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat den früheren Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler (1921–2006) anlässlich dessen 100. Geburtstags gewürdigt. Der Präsident sagte: „John van Nes Ziegler war der sechste Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen. Der Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Parlament lagen dem Sozialdemokraten und gebürtigen Kölner besonders am Herzen, weshalb im Rahmen einer von ihm angestoßenen Parlamentsreform u. a. die Bedeutung des Petitionsausschusses gestärkt wurde.“ John van Nes Ziegler wäre am 20. Mai 100 Jahre alt geworden. Er gehörte dem Landtag von 1953 bis 1954 und von 1958 bis 1985 an. Zweimal war er Präsident: von 1966 bis 1970 und von 1980 bis 1985. Van Nes Ziegler starb am 14. November 2006 im Alter von 85 Jahren. Der Ehrenbürger Kölns war von 1973 bis 1980 auch Oberbürgermeister der Domstadt.

90. Geburtstag

Die frühere Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat am 20. April ihren 90. Geburtstag gefeiert. Anlässlich des Ehrentags benannte die Stadt Monheim am Rhein, deren Bürgermeisterin Friebe von 1976 bis 1997 war, einen Platz nach ihr. An der Enthüllung des Straßenschildes nahm auch der Präsident des Landtags, André Kuper, teil. Er sagte: „Ingeborg Friebe hat nicht nur in der Stadt Monheim am Rhein, sondern auch in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen Spuren hinterlassen. Sie war die erste Präsidentin des Landtags und damit Wegbereiterin für viele Kolleginnen, sich aktiv in die Landespolitik einzubringen. Ihre Biografie als Bürgermeisterin und Landtagsabgeordnete steht stellvertretend für die enge Verbindung des Landtags mit den Rathäusern dieses Landes. Grundlage ihrer politischen Arbeit war dabei immer der Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger. Ich freue mich über die Entscheidung der Stadt Monheim am Rhein, Ingeborg Friebe einen eigenen Platz zu widmen. Herzlichen Glückwunsch, Ingeborg Friebe, zum 90. Geburtstag und herzlichen Glückwunsch der Stadt Monheim zu dieser besonderen Ehrenbürgerin.“ Die Sozialdemokratin war von 1990 bis 1995 Präsidentin des Landtags.

Gestorben

17.4. Hans-Karl von Unger (CDU/90)
MdL 1980-1995

Neue Ausgabe

Die neue Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 25. Mai 2021.

Erinnern, Gedenken, Mahnen

Auf die Arbeit der 29 Mahn- und Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen macht eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung und des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW aufmerksam, die der Landtag zeigt. Sie trägt den Titel „Mehr als man kennt – näher als man denkt. Objektgeschichten aus Gedenkstätten in NRW“. Anhand von Objekten wird die Geschichte der NS-Opfer erzählt, um so die Erinnerung an sie wachzuhalten und zu mahnen. Wie der gelbe Judenstern, den Lore Gabelin während des Nationalsozialismus tragen musste. Sie überlebte die Shoa, kehrte mit ihrer Familie nach Krefeld zurück und stiftete der NS-Dokumentationsstätte Villa Merländer viele persönliche Gegenstände, darunter ihr blaues Sommerkleid mit dem Judenstern. Die Ausstellung will zu Besuchen in den Gedenkstätten ermuntern. Sie kann wegen der Corona-Pandemie digital besucht werden unter www.politische-bildung.nrw.de (Rubrik: Erinnern).

Foto: Schälte

